

# Psychiatrische Pflege auf der großen Bühne

## DFPP bei der Anhörung zum neuen Maßregelvollzugsgesetz in Hessen

### *Anmerkungen von Christoph Müller*

Wiesbaden, Schlossplatz

Die Deutsche Fachgesellschaft Psychiatrische Pflege (DFPP) ist zur Anhörung des sozialpolitischen Ausschusses des hessischen Landtags geladen. Es soll das geltende Maßregelvollzugsgesetz reformiert werden. Als Sachverständiger habe ich die Aufgabe, die Positionen der DFPP zu vertreten.

Es ist eine innere Unruhe, die sich in mir ausbreitet, als ich mit dem Zug in die hessische Landeshauptstadt fahre. Denn „großes Kino“ erwartet mich, wie es der DFPP-Präsident Bruno Hemkendreis in der Vorbereitungszeit auf die Anhörung beschrieben hat. Es sind nicht nur die hessischen Sozialpolitiker, die mich erwarten. Es sind namhafte forensische Psychiater und Vertreter von Verbänden sowie Angehörigenvertreter und Psychiatrie-Erfahrene.

„Zwangsanstalten abschaffen“ steht auf einem Transparent, das eine kleine Schar von Demonstranten auf dem Schlossplatz zeigt. Es sind Psychiatrie-Erfahrene, die auf sich aufmerksam machen wollen und auf viele bedenkliche Zustände in der Behandlung und Begleitung von Menschen, die gleich zweifach stigmatisiert sind – psychisch krank und straffällig.

### *Nüchternheit geht verloren*

So deutlich ist die Sprache im Saal der CDU-Fraktion im 5. Stockwerk des Atriumshauses des hessischen Landtags an vielen Stellen nicht. Es wird je nach Interessenlage abgewogen, was sich zu sagen lohnt. Es wird je nach professioneller Ausgangslage ein Schwerpunkt deutlich, den Mediziner oder Pflegende, Psychotherapeuten oder gesetzliche Betreuer umgesetzt sehen möchten.

Die Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses im Hessischen Landtag, Claudia Ravensburg, führt ruhig und vor allem sachlich durch die Anhörung. Sie wirkt erfahren, wenn sie die anzuhörenden Sachverständigen um ihr Wort bittet und den Abgeordneten aus den Fraktionen die Möglichkeit zu Fragen bietet. Diese Nüchternheit geht an der ein oder anderen Stelle verloren, wenn die Sachverständigen hier oder dort die eigene Leidenschaft für die forensische Psychiatrie spüren lassen.

Wenn es um die Selbstbestimmung der Menschen, die in der forensischen Psychiatrie untergebracht sind, und die Zwangsbehandlung geht, da wird es unruhiger im Saal. Die Mehrheit spricht sich zurecht für die Humanität in der Versorgung der Menschen aus, die in der forensischen Psychiatrie untergebracht sind. Als es um freiheitsentziehende Maßnahmen, ihre Dauer und den Umgang damit geht, wäre es nötiger, dass Praktiker sich deutlich mehr zur Sache äußern.

Es wird eine Kluft spürbar, die der Praktiker an der forensisch-psychiatrischen Front erlebt und der theoretischen Betrachtung der politisch Verantwortlichen. Apropos Verantwortung: lediglich zwei Abgeordnete sind aus den Reihen der SPD und der Linken sind wirklich aktiv an dem Diskurs beteiligt.

### *Multiprofessionelle Behandlung ist Realität*

Es erstaunt, dass es einen Schulterschluss zwischen Medizinern und Pflegenden gibt. Wir sind uns einig, dass die Zeiten vorbei sind, in denen ein Gesetz medizinlastig formuliert werden kann. Die multiprofessionelle Behandlung scheint vielerorts Realität. Die Profis schauen sich auf Augenhöhe an, treffen gemeinsame Entscheidungen. Dass Angehörige, Psychiatrie-Erfahrene und psychiatrisch Pflegende nah beieinander sind, wird an dem Wunsch nach einer paritätisch besetzten Besuchskommission deutlich. Eine gemeinsame Not wird deutlich, als Fixierungen und Absonderungen angesprochen werden.

Es ist eine starke Erfahrung gewesen, dieses „große Kino“ im Hessischen Landtag zu Wiesbaden erlebt zu haben. Psychiatrisch Pflegende spielen mit im Konzert. Wir werden gebeten, schriftlich Stellung zu nehmen. Wir werden vor Ort eingeladen. Für psychiatrisch Pflegende ist eine neue Zeit angebrochen. Hoffentlich können die Menschen, die im Maßregelvollzug in Hessen untergebracht sind, dies auch bald behaupten.

Ich gehe nach der Anhörung geschafft, aber zufrieden über den Wiesbadener Schlossplatz. Die Demonstranten sind weg. Ihre Forderungen stehen im Raum. Im Raum stehen viele Ideen, den Maßregelvollzug menschlicher zu gestalten. Die Politiker sollten die Expertise nutzen.